



einzuführen. Im übrigen wird an eine Vereinfachung der Rechtsprechung und an eine Vereinfachung der Verwaltungsvorgänge gedacht.

Weitere Vorschläge der Reichsregierung sind dem Problem der Vereinfachung des Steuerwesens

gewidmet. Sie erstrecken sich in erster Linie auf die Steuerleistung der Grundbesitzer, und zwar denkt man hier daran, die Grundbesitzsteuer, die Körperschaftsteuer und die Einkommensteuer für die ersten 8000 Mark durch eine Einheitssteuer zu ersetzen, die in einem bestimmten Verhältnis (nach Tausendteilen) vom Einkommen erhoben wird. Die Höhe der Steuer wird durch Länder und Gemeinden festgelegt, denen die Steuer allein zuzuführen ist. In ähnl. Weise denkt man eine vereinfachte Einkommensteuer der Einkommensteuer zu ersetzen, die durchzuführen ist, und zwar will man die Vermögenssteuergrenze auf 20000 Mark (bisher 50000 Mark) erhöhen. Dadurch wird sich die Zahl der vermögenssteuerpflichtigen Personen von 1,708 Millionen um etwa die Hälfte (854 000) ermäßigen. Man erwartet hier eine Erparnis, die den eintretenden Ausfall — man schätzt ihn auf 16 Millionen Mark — übersteigen wird. Hinsichtlich der Umsatzsteuer sind vorgeschlagen, daß Unternehmungen mit einem Gesamtumsatz von nicht mehr als 5000 Mark fortan der Umsatzsteuer nicht mehr unterliegen. Das Zwischenschiedsprüfung des § 7 des Umsatzsteuergesetzes wird auf den Großhandel beschränkt. Eine Verlängerung des Steuerermäßigungsabkommens über den September 1930 hinaus ist nicht beabsichtigt, weil es volkswirtschaftlich unerwünschte Transaktionen fördert. Zur Erleichterung der deutschen Kreditversorgung und zur Verhinderung von Gründungen im Ausland" schlägt die Reichsregierung auf Grund der Notverordnung eine Steuerentlastung in der Art vor, daß der Satz der Gesellschaftsteuer allgemein 2 Prozent, bei Vollkonsolidation, Umwandlungen und Sanierungen 1 Prozent, die Grunderwerbsteuer bei Einbringung von Grundstücken in Betriebe 2 Prozent betragen und die Wertzuwachssteuer in solchen Fällen wesentlich soll. Die Wertpapiersteuer soll einheitlich 1 Prozent betragen, gleichgültig, ob es sich um Inlands- oder Auslandsanleihen handelt.

Einschneidend sind die Maßnahmen hinsichtlich der fünfjährigen Wohnungswirtschaft.

Öffentliche Mittel sollen nur für den Bau kleiner Wohnungen verwendet werden. „Um tragbare Mieten zu erzielen“, sollen neben der Kapitalhergabe Mieten- und Zinszuschüsse erfolgen. Außerdem soll man Mittel für die Erhaltung des Wohnraumes zur Verfügung stellen. Das Bauprogramm der Regierung sieht für das Haushaltsjahr 1931 von 210 000 Wohnungen vor, und zwar sollen 165 000 Kleinwohnungen einfacher Art mit Hilfe von Hausgenossenschaften und 50 000 Wohnungen ausschließlich aus dem Kapitalmarkt finanziert werden. Ähnliche und vorläufige Siedlungen will man besonders berücksichtigen. Ueber die Finanzierung dieses Programms wird folgendes gesagt: 400 Millionen (bisher 500 Millionen) werden aus Hausgenossenschaftsmitteln zur Verfügung gestellt. Weitere 400 Millionen will man im Wege der Eingebühler oder durch Anleihen aufbringen. Im Zusammenhang mit diesem Programm will man die

Beseitigung der öffentlichen Bewirtschaftung von Wohnungen systematisch einleiten. Dem dient der Plan, die Verwendung öffentlicher Mittel für den Wohnungsbau bis April 1936 im wesentlichen abzubauen. Anbereiteter sollen im Zusammenhang damit der ländlichen Siedlung öffentliche Mittel zugeführt werden, und zwar im Jahre 1932-33 = 75 Millionen Mark, im Jahre 1933-34 = 100 Millionen Mark, im Jahre 1934-35 = 125 Millionen Mark. Den Landarbeitern werden mit man planmäßig fortsetzen. Das Reichsrentengesetz (gesetzliche Miete) und das Mietrecht (gesetzlich Mietrentengesetz) sollen für besondere Räume aufgehoben werden, für die das Wohnungsmangelgesetz (Zwangsbekanntgabe von Wohnungen) nicht mehr gilt. Die bisherigen Mieter sollen davon aber nicht betroffen werden. Die Durchführung der angelegten Maßnahmen will man nur dort durchführen lassen, wo dies Räume frei und neu vermietet werden. Eine weitere Vereinfachung des Mietrechts ist darin geplant, daß man bei einmal getroffenen Vereinbarungen in bestimmten Fällen die Berufung auf die gesetzliche Miete (§ 1 des Mietrentengesetzes) nicht mehr zulässig sein soll. Das Wohnungsmangelgesetz selbst soll am 1. April 1934 wegfallen, das Reichsrentengesetz und das Mietrecht selbst am 1. April 1935. Als Gegenmaßnahme verpricht man — sehr zurückhaltend — eine Neuregelung des allgemeinen bürgerlichen Mietrechts unter lokalen Gesichtspunkten.

Die Kürzung der Hausgenossenschaftsmittel um 400 Millionen Mark soll für die Entlastung von Steuern, und zwar zur

**Senkung der Realsteuer**  
verwandelt werden. Die Senkung will man am 1. April 1931 in Kraft treten lassen, und zwar handelt es sich um eine schematische Senkung. Vorgezogen wird eine Verringerung der Grunderwerbsteuer um 20 Prozent — was eine Summe von 200 Millionen Mark ausmacht — und eine Verringerung der Grundsteuer um 10 Prozent, was rund 120 Millionen Mark bedeuten dürfte. Die verbleibenden 80 Millionen Mark will man in einem Fond zusammen fassen, aus dem die Länder in erster Linie diejenigen Gemeinden unterstützen sollen, deren finanzielle Lage durch die Wahlverfahrenverbesserung oder andere Kräfte bedroht ist.

Das Disziplinalgesetz wird in der ursprünglich vorgesehenen Form durchgeführt.

**Ueber den endgültigen Finanzausgleich**  
werden Grundzüge festgelegt. Danach sollen unter angemessener Verteilung der Aufgaben zwischen Reich, Ländern und Gemeinden den Ländern für sich und ihre Gemeinden die Einnahmen aus der Bewirtschaftung von Bier und Branntwein zur Verfügung gestellt werden. Dem Reich sollen die Einnahmen aus Einkommen- und Körperschaftsteuer zufließen. Die bestehenden Sonderverfassungen an einzelne Länder werden dem beibehalten. Um die vollständige Verantwortung der Gemeinden für ihre Ausgabenverpflichtung zu sichern, sollen sich die Dinge in Zukunft so entwickeln, daß das Reich nur für sich und die Länder eine bestimmte angemessene gezinnte Einkommensteuer erheben.

**Die Gemeinden bekommen das feste Zulagsrecht.**  
Die Einkommensteuer wird aber nicht nur mit der Realsteuer in ein bestimmtes Verhältnis verknüpft, sondern die Ueberweisung eines bestimmten Zulagsbetrags davon abhängig gemacht, daß die Gemeinden zuvor die Einkommensteuer zur Verfügung aller Bürger nach Maßgabe eines Reichsgesetzes beschließen.

Der Schluß der Vorläufige bildet die Begrenzung der Ausgaben der öffentlichen Hand. Dem Gedanken soll ein besonderes Gesetz dienen, wonach die unter dem Druck der Not auf ein Mindestmaß herabgesetzten Ausgaben für die Dauer von drei Jahren in Reich, Ländern und Gemeinden keine Erhöhung erfahren.

**Echo der Presse.**  
Das am Dienstag veröffentlichte Arbeitsprogramm der Reichsregierung findet in der heutigen Berliner Morgenpresse geteilte Aufnahme. Der „Vorwärts“ erklärt, daß das Programm „ganz nach dem Herzen der Arbeiterschaft und der Volkspartei“

# Die Abrüstungsfrage in Genf

## Ein Rebeduell zwischen Briand und Curtius.

Genf, 30. September. Im Anschluß an die heutige Ratstagung trat die Völkerbundversammlung zu einer Volltagung zusammen. Reichsaussenminister Dr. Curtius gab die Erklärung ab, daß die deutsche Delegation bei der Abstimmung über Punkt 1 der vorliegenden Entschließung sich der Stimme enthalten werde.

### Briand

erhob sich dann und führte unter allgemeiner Spannung aus, in dem er zunächst auf die deutsche Erklärung Bezug nahm, die zwar negativ, aber nicht unemphatisch sei. Es handele sich um eines der schwersten Probleme, ein Problem, das den höchsten Widerhall in der ganzen Welt finde. Die Haltung Frankreichs gegenüber der Abrüstungspflicht des Artikels 8 habe sich im Laufe der Jahre nicht geändert. Frankreich habe stets gefordert, daß Artikel 8 für alle Nationen eine Verpflichtung darstelle unter den Bedingungen, die dieser Artikel selbst anlegt. Schiedsgerichtsbarkeit, Sicherheit, Abrüstung hießen die Forderungen dieses Artikels in ihrer logischen Reihenfolge.

Wenn ein derartiges Abkommen über gegenseitige Unterhürung angenommen worden wäre, hätte es keine Nation wegen können, sich der Abrüstung zu verweigern.

Briand wies auf die Herabsetzung der französischen Heeresstärke von dem Vorkriegszustand von 810 000 Mann auf 556 000 Mann hin und erklärte, Frankreich fühle sich weiteren Anstrengungen nicht entziehen, aber man könne nicht sagen, daß es nichts für die Abrüstung getan habe. Frankreich müsse an sich selbst denken, denn es seien Ereignisse eingetreten (die Hiterkämpfe in Deutschland), durch die eine gefährliche Zukunft entstehen könne, von der Frankreich direkt bedroht werde.

Nach Briand erging sofort

### Außenminister Dr. Curtius

Das Wort. Zunächst wies er darauf hin, daß die deutsche Regierung sich bei der Abstimmung über die Abrüstungsentschließung der Stimme enthalten habe, um die Annahme der Entschließung zu ermöglichen. Dann legte Curtius nochmals kurz den deutschen Standpunkt in der Abrüstungsfrage dar. Er erinnerte daran, daß bereits 1928 die Einberufung der allgemeinen Abrüstungskonferenz beschlossen wurde. Die deutsche Regierung werde an ihrem Wunsch festhalten, die Abrüstungskonferenz für 1931 einzuberufen. Ich spreche jetzt, so legte Curtius u. a. weiter, nicht als Parteipolitiker, sondern als Vertreter des ganzen deutschen Volkes, wenn ich die

sel und „von allen Teilen des deutschen Volkes mit Ausnahme der Besessenen Opfer“ fordere.

Die „Germania“ schreibt: „Die Reichsregierung wird mit ihrem Programm von der Welt nicht finstlich sein, kann aber nicht die deutsche Volksoberkeit zu großer Enttäuschung aufweisen. Der Weg, den sie uns führt, geht ein und kommt an Abgründen vorbei. Einen anderen Weg gibt es nicht. Andere Möglichkeiten zur erfolgreichen Ueberwindung unserer finanziellen und wirtschaftlichen Not und zur Annäherung einer dauerhaften Ordnung sind nicht vorhanden. Und vor allem: Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Wenn sich im Reichstag nicht erwarten keine Mehrheit für die Maßnahmen der Reichsregierung bilden sollte, kann der Verlauf die eine Gefahr von Volk und Staat, die in ihrer ganzen Tragweite noch gar nicht abzusehen ist. Dann werden wir die Kredite, die wir ermahnen und bedürfen, und die in festerer Aussicht stehen, nicht erhalten. Das Bedenken ist damit ein Chaos, für das diejenigen die Verantwortung, die sich aus untergeordneten und unzulänglichen Gründen einer lebenswichtigen Entscheidung, einem großen Appell an die Vernunft entziehen.“

Die „Berliner Tageszeitung“ stellt fest, daß die Regierung ihr Programm zwar als Ganzes bezeichne, es jedoch nicht in jedem Satz als unabänderlich betrachte. Sie lege also einer Prüfung nicht in den Weg. Auf jeder Partei werde jetzt der große Zwang zum Handeln liegen und das gete vor allem für die Sozialdemokratie.

Die „Deutsche Tageszeitung“ schreibt: „Wie die Durchführung des Programms sich gestalten soll, ob die Regierung den Versuch machen will, es auf parlamentarischem Wege zu erledigen, ob sie geneigt ist, Veränderungen in Einzelpunkten zuzugestehen, oder ob sie vielmehr nicht ohne Ueberlegung ihrer inneren Stärke in Kampf und Bogen den Artikel 48 zu Hilfe nimmt, das sind noch ungeklärte Fragen, über die aber bei dem bestehenden Drang der Zeit schon die nächsten 14 Tage die Entscheidung bringen müssen.“

Jugenebergs „Volkszeitung“ spricht von dem Programm als einem „Recht der Vernunft“, das die Annahme des Reichstages heute nichts weiter als den Versuch, das deutsche Volk durch Sparmaßnahmen in die Lage zu setzen, die Erlöse aus dem Ausland etwas bequemer zu zahlen als das bisher der Fall sei.“

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ stellt schließlich fest, daß das Regierungsprogramm alles in allem eine geeignete Grundlage für die letzten Entscheidungen sei, die in den nächsten Wochen zu fällen sein würden, um Wirtschaft, Volk und Staat ungeschädigt über den Winter hinwegzuführen zu können.

### Boch rehabilitiert.

Das Oberverwaltungsgericht hat in der Angelegenheit des Oberbürgermeisters Boch folgendes Urteil gefällt:

„Die Entscheidung des Bezirksauswahlschusses Berlin, Abteilung I, vom 20. Mai 1930 wird dahin abgeändert, daß der Angeklagte mit einer Geldbuße in Höhe eines derzeitigen einmonatigen Dienstentkommens bestraft wird. Die baren Auslagen der Bezirksregierung fallen dem Angeklagten zur Last. In der Verhandlung hatte sich heraus, daß die Aufschuldungen gegen Boch unaufrichtig übertrieben waren. Boch wurde lediglich deshalb zu einer geringen Geldbuße verurteilt, weil er es innerhalb der riefenbühnen Verwaltung an der notwendigen genauen Aufsicht hatte fehlen lassen. Jene welche Verhüllungen oder gar Korruption konnten Boch nicht nachgewiesen werden.“

### Die Nazis in Braunschweig.

Braunschweig, 30. September. (Fig. Drösch). In der Diensttagung des Braunschweigischen Landtages erklärte Minister Dr. Sapper den Rücktritt der braunschweigischen sozialdemokratischen Regierung.

Die Wahl des Präsidiums des Landtages begann mit einer Ueberumpelung der Sozialdemokratie. Die Wahlordnung des Landtages ließ ausdrücklich vor, daß die nationalen Parteien ihrer Mitgliedschaft Anspruch auf das Präsidium hätten. Trotzdem wählten die NSDAP, Deutsche Nationalistische und Deutsche Volkspartei einen Wächler, den in Konturs gerateten Kaufmann Jörner, zum Präsidenten. Die Sozialdemokratie protestierte gegen diese „Auslegung“ der Wahlordnung. Der Führer der Wächler erklärte

Aufrechterhaltung des heutigen hohen Rüstungsstandes für eine größere Gefährdung des Friedens betrachte, als eine Verminderung der Rüstungen.

Der Weg Briands ist: Schiedsgericht, Sicherheit und dann Abrüstung. Der deutsche Weg ist umgekehrt. Sicherheit ist vor zu erreichen, wenn man die Abrüstung durchführt. Eine gleiche Auffassung in der Sicherheitsfrage ist bereits vom englischen Außenminister und vom Vertreter Italiens im Völkerbund dargelegt worden.

Ohne Abrüstung gibt es keine Sicherheit.

Das bedeutet aber nicht, daß Deutschland sich negativ zur Sicherheitsfrage einstellt. Der deutsche Standpunkt sei durchaus positiv. Ein französischer Ministerpräsident hat kürzlich erklärt, kurze und mächtige Rüstung sind am meisten zur Aufrechterhaltung des Friedens berechtigt. Aber auch schwache und unruhige Rüstung, wie mein deutsches Vaterland, haben den dringenden Wunsch zum Frieden und den besten Willen, an der großen Mission des Friedens mitzuarbeiten. Wie hart Deutschland tatsächlich am Frieden mitgewirkt hat, zeigt der Vorkriegszustand, der während des Schiedsgerichtsverfahrens Deutschlands, der Weltkonferenz, vor allem aber die stets fortwährende Bereitwilligkeit, an allen Maßnahmen zur Friedensherstellung mitzuwirken. Deutschland hat und wird immer an erster Stelle in dem Kampf um die Aufrechterhaltung des Friedens stehen und vor allem um die Beseitigung aller Kriegsurachen. Man darf heute nicht verkennen, daß eine große Welle der Weimarer Bewegung nicht nur durch Europa, sondern durch die ganze Welt geht. Jede Regierung muß zuerst im eigenen Lande Ordnung schaffen und die sozialen und wirtschaftlichen Ursachen der Unruhen beseitigen. Darüber hinaus besteht aber eine gemeinsame Verpflichtung aller Mächte, an der Beseitigung der internationalen Ursachen der Unruhen mitzuwirken. Nicht auf dem Wege der Wiederherstellung der Sicherheit sind diese Ursachen zu beseitigen. Ich muß ausdrücklich feststellen, daß die Hauptursache dieser Unruhen, von denen Briand in seiner Rede so oft gesprochen habe, in der Zeitungsbesetzung, die heute noch kein ernstes Bild zur Abrüstung vorhanden ist. Die Erklärungen von Dr. Curtius wurden mit starkem Beifall aufgenommen.

Im Anschluß an Curtius sprach der ungarische Graf Apponyi, der die Sicherheit für die heute entworfenen Staaten fordert. Darauf wurde die Entschließung des Völkerbundsausschusses der Völkerbundversammlung bei Abstimmung über Deutschland, Österreich und Ungarn einstimmig angenommen.

Am Anschluß an Curtius sprach der ungarische Graf Apponyi, der die Sicherheit für die heute entworfenen Staaten fordert. Darauf wurde die Entschließung des Völkerbundsausschusses der Völkerbundversammlung bei Abstimmung über Deutschland, Österreich und Ungarn einstimmig angenommen.

Am Anschluß an Curtius sprach der ungarische Graf Apponyi, der die Sicherheit für die heute entworfenen Staaten fordert. Darauf wurde die Entschließung des Völkerbundsausschusses der Völkerbundversammlung bei Abstimmung über Deutschland, Österreich und Ungarn einstimmig angenommen.

Am Anschluß an Curtius sprach der ungarische Graf Apponyi, der die Sicherheit für die heute entworfenen Staaten fordert. Darauf wurde die Entschließung des Völkerbundsausschusses der Völkerbundversammlung bei Abstimmung über Deutschland, Österreich und Ungarn einstimmig angenommen.

### Heimwehrregierung in Oesterreich.

Zugleich Parlamentsauflösung.

Wien, 30. September. (Fig. Drösch). Die Regierung Baugin ist gebildet. Sie ist eine Heimwehrregierung, bestehend aus Christlichsozialen und zwei Heimwehrleuten. Der Reichstag hat den Eintritt in eine Regierung Baugin abgelehnt. Dem gleichen Beschluß folgten am Dienstag nachmittag die Großbüchsen.

Minister des Innern wird der Bundesführer der Heimwehren Rüdiger von Starheimberg, Justizminister der Salzburger Landesführer der Heimwehr Dr. Hueber, Minister des Auswärtigen Dr. Seipel, Wirtschaftsminister und Minister für soziale Verwaltung Schmid, Unterrichtsminister Eberhart, Handelsminister Fein, Landwirtschaftsminister Thalner. Heeresminister bleibt Baugin.

Das Parlament wird am Mittwoch aufgelöst, ohne daß die Regierung vor dem Nationalrat tritt.

Neuwahlen am 7. November.

Wien, 1. Oktober. (Fig.) Das Kabinett Baugin wurde noch am Dienstag abend auf die Verfassung verlegt. Die Neuwahlen zum Nationalrat, der im Laufe des heutigen Tages aufgesetzt werden dürfte, finden voraussichtlich am 9. November statt.

### Heute Wahlen in Finnland.

In Finnland finden heute und morgen die Wahlen zum Reichstag statt. Der fringende Punkt der Wahlen ist, wie bei früheren sozialdemokratischen Ministerpräsidenten Finlands, Tanner, einem Mitarbeiter des „Vorwärts“, erklärte, „ob sich im finnischen Reichstag eine Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten für die Appo-Gelege bilden wird, denn mit einem Drittel der Stimmen ist die Opposition in der Lage, die Annahme der Verfassungsgesetze zu verhindern. Die sozialdemokratische Partei Finnlands hofft, allein ein Drittel der Mandate zu erlangen, um imstande zu sein, der administrativen Minderheit, die in den Appo-Gelegen vorgehen ist, vorzubeugen. Allerdings werden die Appo-Gelege, falls sie die Zweidrittel-Mehrheit nicht erhalten sollen, laut ihrer Erklärung die Herstellung der Diktatur erleiden. Dies wird die Wahltagung Finnlands sein.“

### Zweifel Beamte bei der Sozialversicherung?

In der Öffentlichkeit wird oftmals behauptet, daß die Sozialversicherungen einen „aufgebängten“ Beamtenapparat hätten. Der Allgemeine Deutsche Beamtenbund zeigt in einer Mitteilung, wie die Verhältnisse wirklich sind. In der Sozialversicherung sind etwa 8000 Beamte tätig. Sie verteilen sich auf 29 Bundesversicherungsanstalten, betreffen 18 Millionen Versicherte, ein Gesamtvermögen von etwa 1,5 Milliarden Mark und eine Jahresprämie an Beiträgen von etwa 1,1 Milliarden Mark.

Die Angestelltenversicherung arbeitet mit nur 900 Beamten, die 3,4 Millionen Versicherte zu betreuen haben. Die Personellen Stellen der Angestelltenversicherung betragen nur 2,05 Prozent der Beamten.

Die Krankenversicherung hat 22 000 Beamte, die rund 22 Millionen Versicherte bearbeiten. In einer mittleren Krankenkasse von 20 000 Mitgliedern haben etwa 20 Beamte jährlich 180 000 Personen abzufragen.

Für die Arbeitslosenversicherung stehen an Beamten und Angestellten der Reichsämter nur 15 000 Personen zur Verfügung, bei 17,5 Millionen Versicherten. Im Jahre 1929 gab es im Monatsdurchschnitt 2 Millionen Arbeitslose, und insgesamt wurden 7 Millionen Vermittlungen geleistet.

Für die soziale Fürsorge sind somit rund 50 000 Beamte erforderlich.















# Der Abend

Nr. 39

Mittwoch, den 1. Oktober

1930

## Zwei Kollegen feiern Wiedersehen

Grellot und sein Freund Colru waren vor dem Kriege Spezialisten im Transportieren schwerer Möbelstücke.

Colru ist noch heute in diesem Beruf tätig. Grellot aber mußte ihn vor Jahren bereits aufgeben. In der riesigen Katastrophe, die unseren Kontinent so lange erschütterte, war Grellot einer der ersten, die den feindlichen Augen zum Opfer fielen. Schon im August 1914 geriet ihm ein Granatsplitter das rechte Schienbein, und seit damals hinkt er, denn der verletzte Fuß ist um ein beträchtliches kürzer geworden. Aber nicht nur seine Beweglichkeit, sondern auch seine materielle Situation hat durch dieses Mißgeschick eine starke Einbuße erlitten.

In der Vorkriegszeit verdiente Grellot 15 bis 20 Franken täglich. Die Leute, voll Angst um das Schicksal ihrer Klaviere und Spiegelkasten, deren Heil auf seinen Schultern lag, bemühten sich um seine Sympathie und kargten nicht mit Trinkgeldern. Heute — meiden ihn die früheren Klienten und hegen nur Mißtrauen gegen seine Geschäftlichkeit.

Was blieb ihm also zuletzt übrig, als sich in die Sachlage zu fügen und eine Beschäftigung anzunehmen, die sich gerade eben geboten hatte. Er wurde Verpachter in einer Glaschleiferei und fristet nun, mehr schlecht als recht, sein Leben.

Eines Sonntags — er saß gerade im Schatten einer Boulevardplatanee und grübelte seinem Los nach — kam zufällig sein Exkammerad Colru daher. Lächelnd, mit der Wiener eines Menschen, dessen Gesundheit und Brieftasche in schönster Ordnung sind, trat er an Grellot heran und klopfte ihm auf die Schulter.

„He, altes Haus! Was ist denn mit dir? Du machst ja ein Gesicht wie sieben Tage Regenwetter! Ebbe in der Kasse vielleicht? Na, mein Alter, das soll uns doch nicht hindern, eine Flasche Wein zu trinken!“

Grellot war über dieses Angebot durchaus nicht ungehalten und bald schon saßen die Beiden in einem kleinen Wirtshaus, wo Colru zwei Flaschen Wein und als Imbiß ein Duzend Lustern bestellte.

Aber das Schicksal, dessen Tüde so gern die Menschen zum besten hält, schien auch diesmal mit Grellot sein teuflisches Spiel zu treiben!

Kaum hatte er nämlich die dritte Luster hinuntergeschluckt, als er sich plötzlich an den Kiefer griff und mit einem Aufschrei des Entsetzens die Serviette zu den Lippen führte.

Nach einigen bangen Sekunden blickte er spähend in das weiße Tuch. Sein Zahn, der einzige Stockzahn, den er auf der linken Oberseite noch besaß, lag dort, ein unschuldiges Opfer des verhängnisvollen Gabelbrüstküts.

Grellot hatte nicht Zeit gehabt, sich von seinem Schrecken zu erholen, als er neben dem Zahn etwas zweites erblickte, — ein kleines, in rösigem Mattweiß erscheinendes Kügelchen.

„Himmel!“ rief er, ganz perpleg über den unerwarteten Fund. „Na so etwas!“

„Ja, was denn noch?“ fragte Colru entsetzter.

„Eine Perle!“ verkündete Grellot feierlich und musterte, sein linkes Auge zusammengekniffen, mit größter Aufmerksamkeit das Kügelchen. „Eine wirkliche Perle!“

„Was?“ lächelte Colru ironisch, „eine Perle, sagst du? Eine echte Perle?“

„Gewiß, das unterliegt doch keinem Zweifel, sobald sie in einer Luster war. Die echten Perlen bilden sich bekanntermaßen in den Lustern. Wo sich die unechten bilden, müßte ich zwar nicht zu sagen, aber ganz sicher nicht in den Lustern.“

Colru der Gastgeber verstummt. Ein wütender Reid packte ihn, denn die Beweisführung Grellots war vollkommen überzeugend.

„Was kann eine echte Perle wie diese wert sein?“ erkundigte sich Grellot und betrachtete liebevoll den kostbaren Fund, den er in seinem Handteller hin und her rollen ließ.

Das leichte Kügelchen, etwa von der Größe eines kleinen Erbseforns, schimmerte rösig in den Strahlen der Sonne, die durchs Fenster auf den Tisch fielen.

Inzwischen hatte sich um die Beiden eine Gruppe Neugieriger gebildet.

„Mein Gott, was kann sie wert sein?“ wiederholte Grellot ganz gebäubert, „was kann sie wert sein?“

Ein beliebter Herr, der hinter dem Sessel Grellots stand, ließ sich mit fester, autoritativer Stimme hören:

„200 bis 300 Mark. Ich habe gelesen, daß die Perlen in letzter Zeit stark im Preise gestiegen sind.“

Der Sachverständige hatte ein so solides Aussehen, daß man keine Sekunde an der Richtigkeit seiner Worte zweifelte.

Ein Murren des Neides und des Staunens wurde im Lokal hörbar.

„Hm,“ begann wieder Grellot mit strahlender Miene, „hättest du, Colru, so etwas erwartet?“

Er zerriß ein kleines Papierstück in zwei Teile, versorgte in den einen den Zahn und wickelte mit dem andern vorsichtig und geschickt die Perle ein.

Colru betrachtete diese Manipulation finsternen Blickes. Dann streckte er eine Hand aus und legte sie gewichtig auf den Arm Grellots.

„Wart' ein bißchen!“ zischte er mit unterdrückter Wut.

„Worauf denn?“ fragte Grellot, noch immer wie in Wolken.

„Antworte jetzt: Wer bezahlt das Gabelbrüstküts?“

„Wer es bezahlt?“ stotterte Grellot. „Selbstredend du, denn du hast mich doch eingeladen!“

„Gewiß, das bestritte ich auch gar nicht. Im Angesichte der hier befindlichen Zeugen stelle ich hiermit fest: Ich bin es, der das Gabelbrüstküts zahlt! Wem gehört also die Perle? Mir! Ich zahle den Wein, ich zahle die Lustern, somit also gehören die Lustern mir und alles, was sich darin befindet.“

„Ah!“ brüllte Grellot. „Jetzt wirst du vielleicht noch sagen, daß du auch mich mit dem Gabelbrüstküts gekauft hast, und meinen Zahn, meinen ausgebrochenen Zahn obendrein! Du willst ihn doch haben, nicht wahr, du hast ja ein Unrecht darauf!“

„Deinen Zahn?“ schüttelte Colru mit Großmut das Haupt. „Nein, den verlange ich nicht. Er bildete früher dein Eigentum, er ist es ohne Zweifel auch noch jetzt. Aber die Perle gehörte dem Fischer, der diese Luster fing, dann dem Händler, der sie vom Fischer gekauft hat, noch später dem Wirt, der sie vom Kaufmann erlangt, und jetzt gehört sie mir, denn der letzte Käufer war ich. Das ist doch klar wie die Sonne.“

„So?“ knirschte der andere und ballte seine Fäuste. „Hast du denn nicht gesagt: „Ich lade dich ein? Heißt das also nicht so viel, daß du mir dieses Gabelbrüstküts schenkst? Und hast du mir die Lustern geschenkt, so gehört doch alles mir, was in diesen Lustern drinnen war? Jeder, der nur einen Funken Anständigkeit besitzt, wird mir da Recht geben!“

Die Gäste griffen Partei für Grellot, was seinen ehemaligen Kollegen vollständig aus der Fassung brachte. Als Grellot sich vom Sessel erhob, um seine Beute in die Hosentasche zu stecken, sprang Colru auf und verfehlte ihm mit der Faust einen Schlag ins Gesicht. Grellot blieb ihm natürlich nichts schuldig und revanchierte sich sofort mit einer saftigen Ohrfeige.

Da die kleine Seitengasse, in der sich das Lokal befand, von der Polizei nicht sonderlich bewacht war, schien es dem Besitzer ratsam, das nächste Kommissariat anzurufen. Eine Viertelstunde später führte man bereits die beiden Gegner dem diensttuenden Beamten vor.

„Für den Faustschlag, den 'h' ihm gegeben habe, kann man mich einsperren, raste Colru; daran liegt mir wenig. Aber ich klage diesen Gauner an, daß er mir meine Perle gestohlen hat.“

„Ich,“ gab Grellot zu Protokoll, erhebe die Anklage gegen Colru, weil er mich töten wollte, um mir meine Perle zu stehlen. Ich habe Zeugen dafür.“

„Rufen Sie mir sofort einen Juwelier,“ wandte sich der Beamte an einen seiner Untergebenen. „Sagen Sie 'hm, daß es sich um eine Schätzung handelt.“

Der Berufene erschien.

Er nahm die Perle in eine kleine Zange, betrachtete sie gegen das Licht, trugte ein wenig mit dem Fingernagel daran und prüft zuletzt mit dem Vergrößerungsglas.

„Das ist,“ referierte er salbungsvoll, „ja, das ist eine Perle, eine echte Perle.“

„Ach!“ entsprang es sich wie aus einer Kehle den beiden Gegnern.



„Eine gewöhnliche Perle von schwachem Glanz, etwa 2½ Karat schwer . . . sie kann wert sein . . .“  
„Sie kann wert sein?“ leuchteten Grelot und Colru atemlos . . .  
„10 bis 15 Pennig!“

Der Eindruck dieser Worte war geradezu niedererschmetternd. Grelot und Colru starrten mit weit aufgerissenen Mund vor sich und blieben wie angewurzelt.  
Der Kommissar schloß hierauf das Protokoll erteilte den beiden wegen Störung der öffentlichen Ruhe einen Verweis und ließ sie dann laufen.

Colru kam als erster zur Besinnung. Vorsichtig, beinahe schüchtern streckte er seinem Gegner die Hand hin.  
Grelot aber verdeckte beide Hände in den Taschen.  
„Eine Kanne bist du!“ fauchte er ihn an. „Den Zahn habe ich wegen dir verloren, meine Perle wolltest du dir aneignen und . . . die besten zwei Flaschen Wein haben wir noch immer nicht getrunken!“ . . . .  
P. Mille.

## Meine Bekanntschaft mit Trifstan

Von Weare Holbrook (Newport).

Wenn ich nicht „Ah! gesagt hätte, als Fräulein Murgatroyd mir einen alten Kupferstich zeigte, wäre ich wohl niemals in den St. Christoph-Reitklub aufgenommen worden. Der Kupferstich stellte eine Jagdscene dar, und mein „Ah!“ war ein Seufzer der Erleichterung gewesen, weil Fräulein Murgatroyd mir nun ihre ganzen Kunstschätze gezeigt hatte. Aber Fräulein Murgatroyd rief ungsäumt mit freudiger Stimme aus: „Sie sind sicherlich ein Pferdefreund?“

„Ja, aber mit Maß“, räumte ich ein.  
„Und ich erst!“ rief sie begeistert aus, indem sie die Hände zusammenschlug. „Das edle Pferd, dieses Bündel empfindlicher Nerven mit dem Herzen einer Frau, dem Mut eines Kämpfers, der Scheuheit eines Rehkalbs, der Gelehrigkeit eines Sklaven . . .“  
„Und der Unzuverlässigkeit einer alten Beduher . . .“ fügte ich hinzu.

Fräulein Murgatroyd begann Vertrauen zu mir zu fassen. „Ich glaube, ich werde Ihre Aufnahme in den St. Christoph-Reitklub durchsetzen können“, sagte sie. „Die Mitgliederzahl ist zwar beschränkt; aber Sie muß man aufnehmen!“

Als sie im Klub erzählte, ich sei ein alter Pferdeliebhaber, da öffnete man mir die Türen weit. Man erklärte, daß man mich in Anbetracht der warmen Empfehlung von Fräulein Murgatroyd unter Umgehung der Satzungen sofort aufnehmen wolle. Später kam ich allerdings dahinter, daß die Satzungen nur bestanden, um umgangen zu werden. Die Neueintretenden sollten ihre zweihundert Dollar Mitgliedsbeitrag wenigstens mit stolzerfüllter Brust bezahlen.

Ich wurde in die Mittelklasse eingereiht und erhielt ein großes braunes Pferd namens Trifstan das aussah, als wäre es mit Staubzucker bestreut. Der Groom führte es herbei, und wir wurden einander in formeller Weise vorgestellt. Als Trifstan mich erblickte, benahm er sich, als wären seine grausamsten Befürchtungen Wirklichkeit geworden. Er scheute und häumte sich verzweifelt auf.  
„Es ist nur ihre geklümte Kravatte“, sagte der Groom, nachdem er wieder festen Fuß gefaßt hatte. „Er mag so lebhaftes Muster nicht leiden. Seit je her.“

Ich band meine Kravatte ab und steckte sie in die Tasche. „Er meint es ja nicht persönlich, mein Herr“, beruhigte mich der Groom und klärte mich darüber auf, daß Trifstan noch mannigfache andere Aversionen hätte. So konnte er Zeitungen, kleine Hunde, Zigaretten, Spazierstöcke, Pfefferminzbonbons und ältere Damen nicht ansehen, ohne rabiat zu werden. Und der Anblick steifer Hüte aller Art jagte ihm einen panischen Schrecken ein. Von Anbeginn meiner Bekanntschaft mit Trifstan stand es deshalb für mich fest, daß Trifstan unbedingt einer psychanalytischen Behandlung bedürfte.

Man hört oft die erstaunliche Intelligenz des Pferdes rühmen: wie es unruhig und mißtrauisch wird, bevor sein Reiter eine drohende Gefahr nur ahnt, wie es sich weigert, eine Brücke zu betreten, die nicht tragfähig ist; wie es seinem Instinkt gehorchend selbst in tiefster Nacht tüdliche Gruben und jähe Abgründe zu vermeiden weiß. Solche Wahrnehmungen lassen sich zweifellos machen. Wenn man jedoch die große Mehrzahl der Pferde beobachtet, die unruhig und mißtrauisch werden, wenn gar keine Spur von einer Gefahr besteht, die sich weigern, eine Brücke zu betreten, die ebenso tragfähig ist wie der feste Erdboden, und die ihre Zeit mit Seitenwippen dort vergeuden, wo von tüdlichen Gruben und jähen Abgründen auch nicht im entferntesten die Rede sein kann, dann beginnt man doch an der so viel gerühmten Intelligenz des Pferdes zu zweifeln.

Was nun Trifstan betrifft, so versetzte ihn einfach alles in Unruhe. Er blickte sich nach allen Seiten um, ob er nicht eine geklümte Kravatte oder andere Zeichen des Unheils erblicken könnte. Eine Pri-

mel am Wegrand war in seinen Augen nicht etwa eine Blume, sondern eine geheimnisvolle, bunte Gefahr, der man in weitem Bogen ausweichen muß. Jedes spazieren gehende Hündchen hatte er im Verdacht, daß es Mordpläne gegen ihn schmiedete. Wahrtlich, wenn Trifstan menschliche Gestalt besessen hätte, so wäre ich der festen Meinung gewesen, daß er in seiner Jugend allzu viel Abenteuerfilme im Kino gesehen hätte.

Es bedurfte langer Ueberredung, bis er mir gestattete, auf dem Steigbügel festen Fuß zu fassen. Trifstan war sicherlich kein Araberblut, aber er hatte bestimmt etwas von einem Derwischn in sich. Denn kaum befand ich mich im Sattel, als er sich wie eine Gramophonplatte zu drehen begann, wohl in der Absicht, die Gehege der Zentrifugalkraft für seine Zwecke nutzbar zu machen. Wenn ich dann doch im Sattel blieb, sah Trifstan mich vorwurfsvoll an und ver setzte mich mit seinen Nüstern einen liebevollen Hieb auf die Nase, so daß meine Brille klirrend zur Erde fiel. Dann begann er wügend im Kreise zu galoppieren. Sein Manöver war so überraschend, daß ich alle Regeln der Reitkunst vergaß und Trifstans Hals umklamerte. So umkreisten wir wohl ein Duzend Mal den Ring, bevor der Reitlehrer uns bemerkte. „He!“ rief er, „was ist das für ein Sitz? Halten Sie das Pferd!“ Aber da ich Trifstans Hals ohnedies mit beiden Armen hielt, waren seine Ratschläge wohl überflüssig. Doch jedes Mal, wenn wir an ihm vorbeikamen, gab mir der Reitlehrer neue Anweisungen. „Setzen Sie sich nach rückwärts!“, rief er aus. „Wenn Sie so weit vorn sitzen, wird er glauben, daß er springen soll!“

„Aber wenn ich mich nach rückwärts setze“, erwiderte ich stammelnd, „dann wird er glauben, daß ich springen soll!“  
Ich umfaßte Trifstans Nacken mit festem Griff und versuchte, ihn durch Suggestion zu beunruhigen. „Geklümte Kravatten!“ flüsterte ich ihm ins Ohr. „Zeitungen, Zigaretten, Pfefferminzbonbons, alte Damen . . .“

Diese Worte schienen jedoch Trifstan in seinem Entschluß, tüchtig zu springen, nur noch zu bestärken. Er galoppierte schnurrstracks auf das Gatter zu, holte tief Atem, und ich begann mich der siebenundzwanzig Regeln für den Sprung, die ich in der „Theorie der Reitkunst“ gelesen hatte, zu entsinnen. Doch als wir am Gatter angelangt waren, hielt Trifstan plötzlich inne, schien schnaubend aufzulachen und setzte sich dann unvermittelt auf sein Hinterteil. Ich hatte keine Zeit mehr, mich von ihm zu verabschieden. Ich flog über das Gatter und landete gerade zu den Füßen einer älteren Dame, die mich erstarrt betrachtete.

„Darf ich Sie meiner Tante Martha vorstellen“, sagte Miß Murgatroyd. „Das ist Mr. Holbrook, ein leidenschaftlicher Pferdefreund. Auch Tante Martha liebt sehr die Reitkunst . . .“

„Was . . . ist geschehen?“ fragte ich.  
Der Groom musterte mißtrauisch die purpurroten Gänseblümchen auf Tante Marthas Hut. „Ich würde sagen, daß diese Blumen schuld daran sind, aber sie sind ja nicht gelb. Trifstan kann doch nur gelbe Blumen nicht ausstehen!“  
„Ich habe sie färben lassen“, gestand Tante Martha. Der Groom seufzte erleichtert auf. Trifstans Intelligenz war wieder einmal bewiesen.

Seit meinen Erlebnissen mit Trifstan habe ich kein anderes Pferd mehr bestiegen. Es war ein zu tiefer Eindruck gewesen. Aber ich vermage — wenn keine Damen zugegen sind — in erstaunlicher Weise über Pferde zu plaudern, und diese Eignung genügt, um noch weiter in den Mitgliederlisten des St. Christoph-Reitklubs geführt zu werden.

(Einzig berechtigte Uebersetzung aus dem Amerikanischen von Leo Kortzen.)

## Als „Fire Fighter“ im Urwald.

Mittags um halb 12 Uhr — wir saßen gerade in unserer Holzhütte, um das „Dinner“ einzunehmen, wie hier das Mittagessen heißt — tutet es laut auf der Landstraße, und ein Mann im Kabanjanz kommt den schmalen Weg herauf zu uns. „Hallo, Boys, wollt ihr Feuer im Busch löschen? 25 Cent die Stunde und freie Kost.“ Da wir gerade ohne Arbeit waren, sagten wir gern zu, und in einer Stunde rattelten wir auf einem Fordlieferwagen mit allen Geräten und noch mehreren Gefellen in rasendem Tempo die Straße am Bergsee entlang nach Süden. Wir waren ganz ungewiß, was unser harter. Jedenfalls aber gab es ein neues Abenteuer in der Reihe der wechselnden Schicksale im fernen Westen Canadas.

Die Autofahrt nahm erst ihr Ende, als jeder befahrbare Weg aufhörte und wir am letzten Hause in der Indianerreservation des Danagantales angekommen waren. Hier wurden 3 Packpferde gestellt, und nach fünfständigem Warten waren wir so weit, in die menschen- und wegleere Wildnis eindringen zu können, wohl versorgt mit Zelten, Geräten und allen möglichen Nahrungsmitteln in Dosen. Ein Mischling, der auch den Brand in der Forest Office gemeldet hatte und sich selbst im Urwald wie in seiner Tasche aus-







# Harzer Volksstimme

(Halberstädter Tageblatt)

Organ der Sozialdemokratischen Partei für den Stadt- und Landkreis Wernigerode

Publikationsorgan der freien Gewerkschaften

**Abonnementspreis** halbjährlich 1 Mark einschließlich Bringerlohn, bei Selbstabholung 90 Pfennig. Erhöht unbedeutend festlich und zwar mittags, mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bestellungen werden in der Geschäftsstelle, von unseren Boten und Agenturen entgegen genommen. Redaktion u. Druckerei: Halberstadt, Domplatz 48. Fernruf 2313. Postfach 2313. Tagesblatt, Postamt, O. m. b. H. Zentralvertrieb für Politik u. Wirtschaft: Arthur Wolfenbarger, für den lokalen Teil Wilhelm Rindermann, für Anzeigen u. Inserate Carl Trefft, sämtl. in Halberstadt.

**Anzeigenpreis** die achtspaltige Kolonnenzeile oder deren Raum für Anzeigen aus Stadt- und Landkreis Wernigerode 15 Pfennig, auswärts 20 Pfennig. Restameile 40 Pfennig, auswärts 50 Pfennig. Maßgebend ist bei der Bezahlung vorliegende letzte Rundz. Für die Aufnahme von Anzeigen in bestimmten Tagen und an bestimmten Stellen kann eine Gebühr nicht übernommen werden. Anzeigenannahme in der Geschäftsstelle Halberstadt, Domplatz 48 (Fernruf Nr. 2313). Postfach 2313. Wagnersberg 4626 und Volksbuchhandlung (Steigerwald) Wernigerode, Burgstraße 30.

Nr. 230

Mittwoch, den 1. Oktober 1930

abragang

## Die Quittung für den 14. September.

# Brünings Programm.

Das hat das deutsche Volk den Nazis zu verdanken.

Die Reichsregierung hat einen Wirtschafts- und Finanzplan veröffentlicht, der die Unterfertigung des Reichstanzlers Brüning trägt. Man hätte erwarten können, daß die Regierung Maßnahmen ins Auge faßt, die zur Überwindung der unmittelbaren Not dienen und die Beschäftigung in den ersten Wochen getroffen werden müssen, um die Wirtschaft zu beleben und die Not zu lindern. Statt dessen legt die Reichsregierung eine Fülle von Vorlagen und Richtlinien hin, die neben ungeheurer drückender Maßnahmen gegen Arbeiter, Beamte und Angestellte eine Reihe von Plänen umfassen, die auf viele Jahre hindurch verteilt sind und sich im einzelnen noch kaum übersehen lassen.

Die Leiter dieses Programms sind die Herren Brüning, die seit zwei Jahren Verpfändungen auf Verpfändungen geführt haben und immer 14 Tage nach den Verpfändungen das Gegenteil von dem getan haben, was sie gepredigt haben. Herr Brüning hat sich im Wahlkampf gerühmt, den Etat ins Gleichgewicht gebracht zu haben. Jetzt erfährt man, daß für das laufende Haushaltsjahr mit einem Defizit von 900 Millionen Mark

gerechnet werden muß. Herr Dietrich hat vor der Wahl erklärt, der Reichstag werde viele Monate Zeit haben, sich mit dem Programm der Regierung zu befassen, da der Etat im Gleichgewicht sei. Jetzt ist das neue Defizit da und jetzt muß wieder alles Hals über Kopf gehen.

Das Programm der Regierung enthält neben Realitäten eine Reihe von unheimlichen Zukunftswünschen, höchst problematische Pläne. Aber allem aber stehen die Realitäten und sie sind erschreckend!

Die Gehälter aller Beamten in Reich, Länder und Gemeinden werden um 6 Prozent vom 1. April 1931 an gekürzt.

Die Reichsregierung sieht darin ein Vorbild für die private Wirtschaft. Sie muß mit diesen Gehaltskürzungen zugleich einen Anreiz für die Unternehmer geben.

Kürzung der Arbeiterlöhne zu erzwingen. Das Programm der Regierung enthält eine unabweisliche Anweisung an die Schlichtungsbehörden, nach diesem Gesichtspunkte zu verfahren.

Der Beitrag zur Arbeitslosenversicherung wird um 2 Prozent auf 6½ Prozent erhöht. Das bedeutet für die Arbeiterklasse bereits eine einprozentige Lohnkürzung. Dafür werden die Reichszuschüsse für die Arbeitslosenversicherung beseitigt. Das Programm spricht davon, daß der Reichsbauhaushalt künftig nicht für die Arbeitslosenversicherung in Anspruch genommen werden soll. Die Reichsregierung hat einen Gehaltswort vereinbart, der die Darlehenspflicht des Reiches beseitigt.

Die Leistungen in der Rentenversicherung sollen beträchtlich herabgesetzt werden. Ihre Höhe sollen im wesentlichen denen der Volkswirtschaftsleistung entsprechen. Für den Etat des Jahres 1931 werden „schwerwiegende Wirtschaftliche Verluste bei den sozialen und kulturellen Aufgaben angeklagt.“ Der Wohnungsbau soll eingeschränkt werden. Es sollen künftig rund

100 000 Wohnungen weniger gebaut werden. Zum Troste dafür wird angekündigt, daß am 1. April 1936 die gesamte Wohnungswirtschaftsleistung gestiegen sein soll. Der Schutz der Mieter soll dann zu Ende sein — die Wohnungen aber werden bei solchen Wünschen bleiben. Zum Troste dafür soll ein Betrag von 400 Millionen Mark, also der vierte Teil des gesamten Haushaltssteuereinkommens an die Realverpflichtungen verteilt werden.

Eine Erhöhung der Tabaksteuer um rund 180 Millionen wird angekündigt. Schließlich soll der Rotkehl des Jahres 1931 in Reich, Länder und Gemeinden als Normalmaß für drei Jahre gelten. Die wie das Programm selbst fast, unter dem Druck der Not erzwingenden Wirtschaftlichen Maßnahmen sollen also als normale Etatsgebühren betrachtet werden!

Es ist ein erschreckendes Programm! Der soziale Sinn ist vollständig leer.

Es ist ein Programm gegen die Arbeiterklasse. Beamte, Angestellte und Arbeiter bilden die Klasse, die ausschließlich und allein die gemalteten Kosten dieses Wirtschafts- u. Finanzplans der Reichsregierung zu tragen haben. In der Einleitung zu diesem Plan findet sich der Satz: Die Höhe der von Gehalt und Löhnen, von Steuern und Sozialleistungen abhängigen Leistungen sollen fest von der Produktion her bestimmt werden. Das ist die Fiktion des Sozialdarwinismus, das der Witz ist, daß nur durch den Hunger der Arbeiter die Wirtschaft gelutet werden könnte. Ganz in diesem Sinne spricht das Programm von der Entlastung der produktiven Stände. An den produktiven Ständen

zahlen die arbeitenden Klassen bei dieser Regierung nicht. Sie haben nach diesem Programm neue Kosten zu tragen, die weit über eine Milliarde hinausgehen!

Das ist nicht ein Programm zur Belebung der Wirtschaft und zur Sanierung der Wirtschaft. Durch die Einschränkung des Wohnungsbauens und durch die ungenügende Aufsicht auf Ausbringung von Baugeldern auf dem privaten Kapitalmarkt wird

die Krise auf dem Bauplatz verewigt, eine der wesentlichen Möglichkeiten zur Steigerung der Produktion verfehlt. Diefelbe Wirkung muß die Schwächung der inneren Kaufkraft durch Kürzung der Gehälter und Löhne hervorrufen. Alle jene Maßnahmen, die der Wirtschaft in der Krise neue Antriebe geben könnten, sucht man in diesem Programm vergeblich: Abbau der Lebensmittelpreise durch Verringerung der Lohnpolitik, Umstellung der Handelspolitik, zielbewusste Kartellpolitik.

Das Ziel der endgültigen Sanierung der Reichsfinanzen wird auf diesem Wege nicht erreicht werden. Es ist ganz unbestimmt, ob die notwendigen Ueberbrückungstredite hereinkommen werden, und die notwendigen Ueberbrückungstredite über die Einlage sind genau so leichtfertig, wie alle ihre Berechnungen bisher gemeten sind.

Vor allem aber eines, der Schrei der Gemeinden nach Berücksichtigung ist völlig ungehört verhallt.

Sie erhalten einen unheimlichen Zukunftswunsch vom 1. April 1932 an auf ein Zuschlagsrecht zur Einkommensteuer. Inzwischen aber haben sie die ungeheuren Lasten der Fürtürge für die Volkswirtschaft zu tragen, ohne daß ihnen irgend eine Hilfe winkt. Sie können bei diesem Wirtschafts- und Finanzplan der Reichsregierung vor die Hunde gehen!

Alles in allem, das ist ein Programm, ganz nach dem Vorgehen der Wirtschaftspartei und der Volkspartei,

ein Programm, das mit außerordentlicher Schärfe die Belastung der Arbeiterklasse zugunsten anderer Klassen vorzieht. Im Kapitalismus, Mittelständern und anderen Interessengruppen Gefährdung ihrer wirtschaftlichen Situation zu geben, soll die Arbeiterklasse und mit ihr Beamte und Angestellte ungeheurer drückender Lasten auf sich nehmen. Das ist die Quittung, die die Regierung Brüning unter dem Druck ihres letzten Zugels dem deutschen Volke für die Wahlen vom 14. September erteilt!

## Sozialdemokratie kampfbereit.

Mit allen Mitteln.

Berlin, 1. Oktober. (SP) Die Funktionäre der Berliner Sozialdemokratie nahmen am Dienstagabend nach einer Rede des sozialdemokratischen Reichstagsabg. Aufhäuser über „Reichstagswahl und Sozialdemokratie“ folgende Entschließung an: „Angesichts der katastrophalen Wirtschaftskrise und der damit verbundenen sozialen Verelendung, angesichts der wachsenden Bedrohung des Volksstaates durch den Faschismus hält es die allgemeine Berliner Funktionärenkonferenz für die geschäftliche Aufgabe der Sozialdemokratie, höchste Aktivität zu entfalten, um in den nächsten politischen Entscheidungen vom Standort der Arbeiterklasse einzugreifen.“

Als erste Reichstagspartei kann sich die Sozialdemokratie die Aufgabe dieses Handelns nicht vom Bürgerdank vornehmen lassen. Die Funktionärenversammlung fordert daher einen sichtbaren Kurswechsel in der Wirtschafts- und Sozialpolitik. Die Befreiung der arbeitenden Massen durch die Notverordnung ist sofort aufzugeben. Ebenfalls unerlässlich ist zur Überwindung der Wirtschaftskrise eine fortgesetzte Verkürzung der Arbeitszeit, vor allem der Kampf um die vom internationalen Gewerkschaftsbund aufgestellte Forderung nach der 44stündigen Arbeitswoche. Eine baldige Entpannung der Wirtschaftskrise, die soziale Hilfe für ihre Opfer und die Sanierung der öffentlichen Finanzen können nur auf der Grundlage des sozialdemokratischen Wahlprogramms erreicht werden. Eine Regierung, die diese Bedingungen nicht anerkennt, ist mit allen Mitteln zu bekämpfen.

Als die Partei der Arbeit bildet die Sozialdemokratie den stärksten Rückhalt der Demokratie. Die versammelten Funktionäre Groß-Berlins erwarten von Parteileitung und Reichstagsopposition, daß sie sich mit aller Kraft für die Erhaltung des demokratischen Parlamentarismus einsetzen, die gewinnlose Verleugungspolitik der Sozialisten und ihrer Bundesgenossen rückwärts beschränken werden. Die sozialistische Arbeiterkraft hält sich aber auch bereit, die parlamentarische Form der Demokratie, wenn nötig im außerparlamentarischen Kampf zu verteidigen.

Es geht um das Leben des arbeitenden Volkes! Zur entschlossenen Verteidigung dieses höchsten Gutes der Nation liefert den Bestand der Republik. Zur Schaffung einer einheitlichen Kampflinie verlangen die Funktionäre die sofortige Einberufung eines außerordentlichen Parteitag.

## Wirtschafts- und Finanzplan

Der berühmte „Wirtschafts- und Finanzplan“ der Reichsregierung am Dienstagabend der Zeitbreit hat, nicht in seinen Einzelheiten, sondern

für das Haushaltsjahr 1930 wird mit von 750 bis 900 Millionen Mark gedeckelt. Das Millionen Mark auf die kommenden Anforderungslieferungen und etwa 450 bis 600 Millionen Mark der Einnahmen. Man will dieses Defizit in Jahren abbauen und zu diesem Zweck durch einen Fonds bilden. Die Regelung wird genügt, um eine Ueberbrückungstredits zu

Die Haushaltsausgaben im Jahre um 1 Milliarde Mark gekürzt werden.

Nach Auffassung der Regierung wird die Lösung dem Einnahmendeckung entsprechen. Für folgende Maßnahmen

vorgehen:  
a) Die Bezüge des Reichspräsidenten, der Reichminister und die Diener werden um 20 Prozent, die Dienstbezüge der Versorgungsbezüge der Wartegeld- und Ruhe um 6 Prozent gekürzt. Die Entlohnung tritt am 1. April in Kraft, und zwar für die Dauer von drei Jahren. Die Notverordnung eingesetzte Beschlüsse (samt damit verbundenen die Hinterzinsen ausgenommen) Kürzungspflichtige Bezüge 1500 Mark jährlich nicht von der Kürzung befreit. Hier erwartet das Reich um 120 Millionen Mark. Die gleichen Maßnahmen der Reichsamt und bei der Reichsbank getroffen.

Da eine entsprechende Senkung der Beamtengehälter bei den Ländern und Gemeinden erfolgt, sollen die Ueberbrückungen um 100 Millionen Mark gekürzt werden.

Die Einnahmen des Reichshaushalts sollen in Zukunft nicht mehr für die Ausgaben der Arbeitslosenversicherung herangezogen werden. Der Anteil des Reiches an dem



für die Wahlen vom 14. September erteilt!

Die Reichsregierung sieht darin ein Vorbild für die private Wirtschaft. Sie muß mit diesen Gehaltskürzungen zugleich einen Anreiz für die Unternehmer geben.

Die Reichsregierung sieht darin ein Vorbild für die private Wirtschaft. Sie muß mit diesen Gehaltskürzungen zugleich einen Anreiz für die Unternehmer geben.

Die Reichsregierung sieht darin ein Vorbild für die private Wirtschaft. Sie muß mit diesen Gehaltskürzungen zugleich einen Anreiz für die Unternehmer geben.

Die Reichsregierung sieht darin ein Vorbild für die private Wirtschaft. Sie muß mit diesen Gehaltskürzungen zugleich einen Anreiz für die Unternehmer geben.

Die Reichsregierung sieht darin ein Vorbild für die private Wirtschaft. Sie muß mit diesen Gehaltskürzungen zugleich einen Anreiz für die Unternehmer geben.

Die Reichsregierung sieht darin ein Vorbild für die private Wirtschaft. Sie muß mit diesen Gehaltskürzungen zugleich einen Anreiz für die Unternehmer geben.